

Niederschrift
über die 7. Sitzung des Fachausschusses „Soziales, Arbeit, Inklusion und soziale Fördergebiete“
am Mittwoch, den 22.03.2021, von 18.00 Uhr bis 19.05 Uhr
im Rahmen einer Videokonferenz

Anwesende:

FA-Mitglieder: Roman Fabian (i.V.), Gabriele Klaassen, Rosemarie Kovač, Gabriele Klaassen, Ulrike Krewitt, Samer Mohammed, Volkhard Sachs, Holger Sauer, Andreas Breitzke (nicht stimmberechtigt), Marion Seidel (nicht stimmberechtigt)

Fehlend: Heike Hey (e)

Sitzungsleitung: Michael Radolla (Ortsamt Obervieland)

Protokoll: Theodor Dorer (Ortsamt Obervieland)

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Sanierungsbedingte Änderungen der Gesundheit Nord - Auswirkungen auf das Klinikum Links der Weser (Vorbereitung der Beiratssitzung zum Sachverhalt am 13.04.2021)

Herr Fabian berichtet einleitend, die Gesundheit Nord GmbH als Träger der kommunalen Klinika sei seit 2004 praktisch durchgehend in Finanznöten gewesen. Aktuell drohe erneut ein Defizit von 30 bis 40 Mio. €, die durch weitere Einsparungen in den angeschlossenen Häusern erwirtschaftet werden sollen.

Diese Einsparungen sollen -trotz bereits jetzt bestehender Personalknappheit- zu großen Teilen über sozialverträglichen Personalabbau sowie über Neustrukturierungen und Verlagerungen bei den Angeboten der angeschlossenen Kliniken erreicht werden.

Ziel des Beirates war in der Vergangenheit stets, im Stadtteil Obervieland ein Klinikum mit möglichst breit aufgestellter medizinischer Versorgung zu erhalten. Nach dem bereits erfolgten Umzug der Kinderklinik zum Klinikum Bremen-Mitte könnte diese Versorgung mit dem in der Folge geplanten Umzug der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe nun zunehmend weiter eingeschränkt werden. Damit steige auch die Befürchtung, dass diese Entwicklung im Ergebnis möglicherweise zu einem Gesamtverkauf des Klinikums zum Zwecke der Sanierung der Trägergesellschaft führen könnte.

Vor diesem Hintergrund haben die Fraktionen SPD und Die Linke einen Erläuterungstext mit abschließenden Fragestellungen zur Übermittlung an die eingeladenen Referent:innen zur Vorbereitung der Beiratssitzung am 13.04.2021 erarbeitet (siehe Anlage 1).

Im Anschluss wird diese Vorlage von Frau Kovač verlesen und im Ausschuss diskutiert.

Dabei wird weiterer Klärungsbedarf hinsichtlich des zweiten Satzes im vierten Absatz und zur zweiten Abschlussfrage deutlich.

Beim zweiten Satz im vierten Absatz wird aus dem Ausschuss auf den rein spekulativen Ansatz der dort geäußerten Feststellung, bei der zweiten Abschlussfrage auf die unverständliche Formulierung im Sinnzusammenhang hingewiesen.

Für beide Punkte wird übereinstimmend eine Überarbeitung über das Ortsamt in Verbindung mit den Antragstellern und eine dann anschließende Schlussabstimmung mit den übrigen Ausschussmitgliedern vereinbart.

Im Anschluss an die Sitzung wird im Ergebnis der vorgenannten Bearbeitungsschritte im Umlaufverfahren mit allen Ausschussmitgliedern folgender Vorbereitungstext für die Beiratssitzung am 13.04.2021 abgestimmt:

In der Beiratssitzung vom 11.03.2014 sagte die damalige Direktorin, Frau Peter, dass u.a. die Geburtshilfe und die Neonatologie (Frühchen-Station) im Klinikum Links der Weser verbleiben würden.

In einem Papier der Gesundheit Nord vom 08.01.2016 stand zum Klinikum Links der Weser: „Der Standort ist wesentlich durch die kardiologischen und elektrophysiologischen Angebote sowie durch die Herzchirurgie und die geburtshilflichen und pädiatrischen Leistungen geprägt.“

Im Koalitionsvertrag des (Rot/Grün/Roten) Senats vom 13.08.2019 steht unter dem Titel: „Geburtshilfe und Hebammenarbeit stärken und aufwerten“ auf Seite 93, Abs. 2: „In Zeiten steigender Geburtenzahlen und vermehrter Schließungen von Geburtskliniken im niedersächsischen Umland sind wir auf ausreichende Kapazitäten und Qualitätsstandards in Bremen angewiesen.“

Aus diesem Grund wurden auch in der letzten Legislaturperiode der HB-BB zusätzlich Millionen Investitionsgelder für eine „zusätzliche“ Eröffnung einer Geburtshilfe am Klinikum Bremen-Mitte bereitgestellt und nicht für die Schließung einer Geburtshilfe an anderer Stelle.

Diese Versorgungszusagen der damaligen Bremer Regierung zur wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung auf der linken Weserseite, mit existentiell wichtigen medizinischen Leistungen, werden jetzt durch Prüfaufträge entgegen aller Versprechen aufgeweicht und letztendlich in Frage gestellt.

Geprüft werden soll entgegen der Zusagen, ob die Gynäkologie, die Geburtshilfe und die Neonatologie (Level 3) vom Klinikum Links der Weser (Obervieland, linke Weserseite) zum Klinikum Bremen Mitte (Hulsberg/Östliche Vorstadt, rechte Weserseite) verlegt werden kann.

Begründet wird die Prüfung damit, dass das Betriebskonzept des Klinikums Bremen Mitte für den neugebauten Kreißsaal und die Wochenbettstation durch Fehlen von Hebammen gescheitert sei. Außerdem stünden mehrere hundert Betten am Klinikum Bremen Mitte leer, so dass die räumlichen Kapazitäten vorhanden sind.

Diese Argumentation und das Wissen darum, dass die Gesundheit Nord kurz vor der Insolvenz stünde (Mitteilung Weser-Kurier), eröffnet aus Sicht des Beirates Obervieland den wahren Blick auf die Gründe und die dahinterstehende Strategie dieses Prüfauftrages, dass es tatsächlich um wirtschaftliche und nicht versorgungstechnische oder gar medizinische Gründe geht.

Vor diesem Hintergrund befürchtet der Beirat, dass die Gesundheit Nord kostentreibende Doppelstrukturen (medizinische Fachbereiche und Leistungen, die an mehreren Standorten der Gesundheit Nord vorgehalten werden) sanierungsbedingt abbauen und im Weiteren ggfs. das Klinikum Links der Weser mit seinem bekannten Investitionsbedarf eines neuen Bettenhauses gleich ganz abwickeln könnte.

Gegen diese mögliche verdeckte Hintergrundplanung verwehrt sich der Beirat Obervieland entschieden und kündigt für den Fall einer entsprechenden Umsetzung bereits an dieser Stelle entschlossene Gegenwehr an.

Wir werden es nicht klaglos hinnehmen, dass wesentliche, für die Bevölkerung existentiell wichtige Infrastrukturen der Daseinsvorsorge Stück für Stück zu Lasten der linken Weserseite und der Bevölkerung von Obervieland zerstört werden.

Laut Zahlen des Statistischen Landesamtes lebten mit Stand vom 31.12.2019 18.771 Menschen weiblichen Geschlechts in Obervieland. Wenn jetzt die Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe zum Klinikum Bremen-Mitte verlegt werden soll, bedeutet dies, dass die Frauen in Obervieland, im Gesamtbereich Links der Weser und des benachbarten Umlandes einen weiten Weg zur Geburtshilfe auf sich nehmen müssen. In Anbetracht dessen, dass hier in absehbarer Zeit über Jahre Großbaustellen die Weserquerung behindern, weil z.B. der Anschluss an die A281 gebaut werden wird und Bremen bei der Sanierung seiner maroden Weserbrücken kaum vorankommt, erkennt der Beirat Obervieland hier ein nicht zu akzeptierendes Risiko.

Man darf nicht vergessen, dass viele Frauen aus dem Umland im Klinikum Links der Weser gebären, weil diverse Geburtshilfen im Umland geschlossen wurden, und es ist zweifelhaft, ob sie dann ins Klinikum Bremen-Mitte gehen werden.

Im Klinikum Links der Weser gab es bislang jährlich ca. 2.300 Geburten, im Klinikum Bremen-Mitte ca. 600. Erst ab ca. 800 Geburten aber kann eine Geburtshilfe bei optimalen Betriebsabläufen wirtschaftlich betrieben werden. Das bedeutet, dass auch gutes Geld in die Kasse des Klinikums Links der Weser geflossen ist. Wenn diese Geburten jetzt ins Klinikum Bremen-Mitte verlegt werden, bedeutet dies für den Standort Links der Weser einen herben finanziellen Verlust ohne bestandssichernden Ausgleich. Es steht also zu befürchten, dass dieser Verlust auch zu Entlassungen

führen wird, auch wenn aus dem derzeitigen Mitarbeiter:innenstamm einige ins Klinikum Bremen-Mitte gehen werden (müssen).

Man darf nicht vergessen, dass es Überlegungen gibt, 440 Vollzeitkräfte (ca. 600 bis 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) einzusparen, weil derzeit ca. 300 bis 500 Betten nicht belegt sind. Diese Nichtbelegung hat sicherlich auch etwas mit den Ängsten vor einer Covid-19-Infizierung zu tun. Diese Ängste zeigen sich u.a. auch dadurch, dass viele Menschen nicht mehr zu Arztpraxen gehen. Irgendwann wird aber die Pandemie besser beherrschbar sein und die Fachkräfte dann dringend gebraucht werden. Denn dann werden auch die Betten mit Patientinnen und Patienten belegt sein, die einiges an Krankheiten verschleppt haben. Eine Bugwelle an Operationen und Behandlungen muss dann nachgeholt werden.

Vor diesem Hintergrund stellen sich für den Beirat Obervieland folgende Fragen:

- 1. Wenn die Einsparpläne umgesetzt werden, stellt sich schon heute die Frage, mit welchem medizinischen Versorgungsauftrag das Klinikum Links der Weser als größte Arbeitgeberin in Obervieland auch zukünftig die wohnortnahe Gesundheitsversorgung der Obervieländer Bevölkerung sicherstellen wird?***
- 2. Für die Bevölkerung in Obervieland, den übrigen Stadtteilen im Bremer Süden und den angrenzenden Umlandgemeinden ist eine breit aufgestellte wohnortnahe Versorgung sehr, sehr wichtig. Vor diesem Hintergrund stellt sich daher die drängende Frage, ob weitergehende Planungen zur Schließung des Klinikum Links der Weser bestehen oder ob dieses leistungsfähige und immer noch schwarze Zahlen schreibende Krankenhaus der Gesundheit Nord eine existenzsichernde Zukunft durch weitere stützende Maßnahmen, z.B. die Etablierung der Geriatrie am Klinikum, erhält?***

TOP 3: Verschiedenes ./.

gez. Radolla
Sitzungsleitung

gez. Kovač
Ausschusssprecherin

gez. Dorer
Protokoll